

Pressemitteilung  
Kiel, 28.11.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **SPD und SSW: Fairer Wettbewerb für "Phänomenta"**

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Jutta Schümann und die Flensburger SSW-Landtagsabgeordnete Silke Hinrichsen haben heute gemeinsam die "Phänomenta" in Flensburg besucht, um sich über deren Ausbaupläne zu einem Science Center für das Land Schleswig-Holstein zu informieren. Nach der Besichtigung der Einrichtung und einem Gespräch mit Vertretern der "Phänomenta", der Stadt Flensburg, der regionalen Wirtschaftsförderung und der Universität Flensburg sagten beide Politikerinnen zu, sich für einen fairen Wettbewerb zwischen Kiel und Flensburg um die Einrichtung einzusetzen.

"Die Arbeit der "Phänomenta" hat mich sehr beeindruckt. Für die SPD-Landtagsfraktion ist entscheidend, dass es kein Science Center in Schleswig-Holstein geben darf, das diese erfolgreiche Einrichtung in ihrer Existenz gefährdet. Das wäre schon allein deshalb absurd, weil der Aufbau der "Phänomenta" mit öffentlichen Fördergeldern erfolgt ist. Kiel und Flensburg sollen Anfang 2004 ihre Konzepte im Wirtschaftsausschuss des Landtages vorstellen", kündigt Jutta Schümann an, die das Konzept der "Phänomenta" für ein Science Center lobt. In das Kieler Konzept habe sie bisher keine Einsicht erhalten.

Der SSW freut sich darüber, jetzt wichtige Mitstreiter im Landtag für ein klares Verfahren und für die Existenzsicherung der "Phänomenta" zu haben: "Bisher lief das Verfahren um das Science Center hinter den verschlossenen Türen des Wirtschaftsministeriums. Der SSW und andere regionale

Abgeordnete haben sich immer wieder bemüht, das Thema im Landtag auf die Tagesordnung zu setzen, um ein faires, öffentliches Auswahlverfahren zu gewährleisten, das die Existenz der "Phänomene" nicht gefährdet. Wir freuen uns, dass die größte Mehrheitsfraktion jetzt öffentlich erklärt, diese Diskussion in den politischen Raum ziehen zu wollen. Angesichts der Äußerungen des Wirtschaftsministers ist es wichtig, dass wir der Regierung auf die Finger schauen", mahnt Silke Hinrichsen.